

«Der Stromkunde bleibt auf der Strecke»

Alpiq-Chef Hans E. Schweickardt über Kernkraft, den Preis der Energiestrategie und mögliche Importprobleme

Von Dominik Feusi

BaZ: Was beschäftigt Sie bei Alpiq zurzeit am meisten?

Hans E. Schweickardt: Uns beschäftigt vor allem die Situation auf dem Strommarkt und die sich ändernden politischen Rahmenbedingungen. Daher haben wir unsere strategischen Stossrichtungen neu definiert. Die Frage ist, ob sich die politischen Rahmenbedingungen wieder stabilisieren und wir investieren können.

In der Branche redet man viel von «neuen Geschäftsmodellen». Was war an den alten Geschäftsmodellen falsch?

Seit jeher brauchen wir einen vernünftigen Energiemix. Wenn wir davon ausgehen, dass der Klimawandel etwas mit dem Verbrennen von Öl und Gas zu tun hat, dann sollten wir beim Strommix darauf achten, weniger fossile Energie zu verbrauchen. Damit haben wir schon in den Neunzigern angefangen. Gleichzeitig wurde aber mit der Subventionierung von Sonne, Wind und anderen Energiequellen begonnen. Weil unterschiedlich priorisiert und subventioniert wird, haben wir heute eine Marktverzerrung. Ich kann nachvollziehen, dass neue Technologien zum Anschub unterstützt werden müssen. Danach müsste das aber zurückgeführt werden. Das ist bis heute nicht passiert.

Warum?

Der Handlungsbedarf ist zwar fast allen bewusst. Die Frage ist nur, wie wir aus den Subventionen rauskommen. Die Verzerrungen haben grossen Einfluss auf unser Geschäft. Wir müssen wissen, wohin die Reise geht, sonst sind die Risiken für Investitionen zu gross.

«Wenn der Klimawandel wichtig ist, dann müssen wir uns mit der Kernkraft befassen.»

Was ist Ihre Lösung?

Wir konzentrieren uns darauf, in neuen Geschäftsfeldern wie dem Energiemanagement Fuss zu fassen. Dabei beobachten wir aktuelle Trends sehr genau. Im traditionellen Geschäft geht es darum, unsere Investitionen zu schützen und ihre Werthaltung aufrechtzuerhalten.

Wenn Energie auf Tausenden von Dächern und Windrädern produziert wird, was ist dann noch die Aufgabe eines grossen Unternehmens wie Alpiq?

Wenn wirklich nur noch dezentral Strom produziert würde, dann ist die Frage sehr berechtigt. Ich sehe aber noch nicht, wie die Grundlast der Stromproduktion durch viele kleine Einheiten sichergestellt werden kann. Solange die Speichertechnologie keine grossen Fortschritte macht, braucht es Kraftwerke für die Grundlast. Das kostet viel Geld und kann nur von einer Firma mit einer bestimmten Grösse gemacht werden.

Sie planen ein Gaskraftwerk?

Heutige Grundlastkraftwerke sind Fluss-, Kern-, Gas- oder Kohlekraftwerke. Letztere sind aus klimapoliti-



«Ausweg aus den Subventionen». Hans E. Schweickardt kritisiert die Marktverzerrungen durch die Politik. Foto Stefan Leimer

schon Gründen problematisch. Für mich kommt für die Grundlast auch in Zukunft ein Kernkraftwerk infrage, aber mit einem neuen Reaktortyp. Wir sollten uns die Zeit nehmen, die Fortschritte in allen Technologien genau zu beobachten.

Haben wir diese Zeit?

Ja. Die Sicherheit der Kernkraftwerke in der Schweiz hat schon immer oberste Priorität. Die Anlagen können noch Jahre weiterlaufen, sofern sie alle Auflagen erfüllen, und so die benötigte Grundlast sicherstellen. Industrie und Dienstleistungsbetriebe, selbst Finanzinstitute, brauchen eine zuverlässige Grundversorgung.

Ist es richtig, die bestehenden Kernkraftwerke auslaufen zu lassen und gesetzlich neue Werke zu verbieten?

Das ist eine komplexe Frage. Aus meiner Sicht müssen wir entscheiden, ob wir den Klimawandel für eine Gefahr halten, die durch das vom Menschen ausgestossene Kohlendioxid verursacht wird. Wenn wir das bejahen, dann hat es Einfluss auf die Bewertung der möglichen Grundlastkraftwerke. Wasserkraft ist klimaneutral. Kernkraft auch, abgesehen vom Bau des Werks. Gaskraftwerke stehen auf dem dritten Platz und dann folgen Stein- und Braunkohle, bei der auch noch Feinstaub dazukommt. Wenn der Klimawandel wichtig ist, dann müssen wir uns mit der Kernkraft auseinandersetzen.

Was heisst das?

Unsere KKW laufen, solange sie sicher sind. Für diese Beurteilung haben wir das Eidgenössische Nuklearsicherheitsinspektorat (Ensi). Es macht Auflagen, die erfüllt werden müssen. Es gibt keinen fixen Stichtag für die Abschaltung. Das zwingt die Betreiber, laufend in die Sicherheit zu

investieren. Wäre es anders, würde man die Investitionen für die Instandhaltung nicht mehr gleich planen. Das ist wie bei einem Mitarbeiter, der eine Firma verlässt und sich in der Kündigungsfrist auch nicht mehr gleich engagiert.

Die Befürworter des Ausstiegs sagen, es lohne sich nicht mehr, in der Schweiz ein Kernkraftwerk zu bauen.

Das kann man heute nicht wissen. Wir können uns gratulieren, dass wir noch klimafreundliche Kernkraftwerke haben, die auch noch eine zweistellige Anzahl Jahre laufen können. In diesen Jahren können wir schauen, ob wir mit Sonne und Wind und der nötigen Speichertechnologie die Energiewende schaffen oder ob es Grundlastkraftwerke weiterhin braucht. Wenn wir solche dann brauchen, gibt es längst eine erprobte neue Generation von KKW. Wir sollten für neue technologische Entwicklungen offen sein, auch wenn wir sie jetzt gerade nicht benötigen.

Es heisst, der Preis des Stroms aus KKW sei hoch subventioniert.

Wer so argumentiert und externe Kosten einrechnet, muss das auch bei Sonne und Wind machen, dann sind die Kosten dort auch sehr viel höher. Wenn Sie zum Beispiel für Sonne und Wind mangels Speichertechnologie Kraftwerke in Reserve halten müssen, um Engpässe auszugleichen, wie in Deutschland, dann müssen Sie das fairerweise auf den Preis von Sonnen- und Windenergie umlegen. Das wird sehr teuer. Nur dann hat man Kostenvahrheit.

Das heisst, Sonnen- und Windenergie sind gar nicht so günstig, wie sie an Strombörsen gehandelt werden?

Der Preis an der Börse entsteht zwischen Angebot und Nachfrage. Aber

er wird natürlich durch Subventionen und Einspeisevorrang verzerrt. Spätestens dann ist die Marktwirtschaft tot. Der Börsenpreis ist dann nicht mehr der echte Preis. Ein Teil bezahlt einfach nicht der Abnehmer an der Börse, dafür meist der Stromkunde mit Steuergeldern oder einer Zulage wie der kostendeckenden Einspeisevergütung (KEV).

Letzte Woche schrieb die Eidgenössische Finanzkontrolle in einem Bericht, die KKW hielten zu wenig Geld für die Stilllegung und Entsorgung bereit.

Es gibt alle fünf Jahre eine Überprüfung dieser Mittel durch eine Kommission. Diese legt auch fest, wie viel in Zukunft in den Fonds einbezahlt werden muss. Das nächste Mal 2016. Ich bin ehrlich gesagt überrascht, dass die Finanzkontrolle zu einem Thema Stellung genommen hat, das schon durch eine Bundesstelle kontrolliert wird.

Wieso soll nun auch noch die Wasserkraft subventioniert werden?

Es geht um die Konkurrenzfähigkeit der Wasserkraft. 600 Millionen verteilt auf zehn Jahre für alle Projekte in der ganzen Schweiz ist nicht viel. Sie ist das wertvollste Potenzial der Schweiz und ist hochgradig gefährdet. Klar: Subventionen sind immer Marktverzerrungen und eigentlich sollte man dem entgegenwirken. Aber wenn es Subventionen für die einen gibt, dann müssen sie schauen, dass die anderen daran nicht kaputtgehen.

Man muss Wasserkraft subventionieren, weil Sonne und Wind subventioniert werden?

Es ist so. Man verzerrt, um eine andere Verzerrung zu korrigieren. Am Schluss sind die Kostenwahrheit und ein funktionierender Markt weiter weg denn je. EU-Energiekommissar Oettinger

hat einen treffenden Vergleich gemacht: Ein Baby wird mit spezieller Nahrung gefüttert, ein fünfzehnjähriger Jüngling isst aber alleine und das, was er will. Er sagte, es sei «grottenfalsch», Wind und Solar wie bis anhin weiter beförderlich zu unterstützen. Es bräuchte einen Ausweg aus den Subventionen. Ich habe aber den Eindruck, dass zu viele davon profitieren. Auch das sieht man in Deutschland sehr gut. Der einfache Stromkunde bleibt als Zahler auf der Strecke. Vor 15 Jahren hat man dort gesagt, die Förderung von Wind und Sonne koste maximal 800 Millionen Euro pro Jahr. Heute sind es 23 Milliarden Euro. Jährlich! Viele Haushalte können sich Strom gar nicht mehr leisten.

«Die mögliche Importabhängigkeit ist der wunde Punkt der Energiestrategie.»

Was muss der einfache Stromkunde über den Strommarkt wissen?

Er muss wissen, dass die Energiewende auf jeden Fall einen Preis hat. Und wenn wir, so hoffe ich, dereinst darüber abstimmen, sollte er wissen, wie hoch dieser Preis ist.

Teilen Sie die Berechnung des Basler Ökonomen Silvio Borner, dass es mindestens 100 Milliarden sind?

Der Bundesrat kommt ja selber auf ähnliche Zahlen. Am Schluss berappt das die Volkswirtschaft, also wir alle. Wenn man die Industrie von diesen Kosten ausnimmt, dann zahlt der Stromkonsument einfach noch mehr. Der braucht dann einen höheren Lohn, was zu höheren Preisen führt. Zudem ist es so sicher wie das Amen in der Kirche, dass es am Ende mehr kosten wird als diese 100 Milliarden. Sehen Sie: Am Schluss ist der Energiepreis ein Wettbewerbsfaktor, der über unseren Standort entscheidet. Dass man das in der Schweiz ohne Volksabstimmung beschliessen will, wundert mich sehr. Bei der Neat haben wir für viel weniger Geld sogar zwei Mal abgestimmt.

Was bedeutet die Energiestrategie für die Versorgungssicherheit?

Der grosse Vorteil der Schweiz ist, dass die KKW so lange laufen können, wie sie sicher sind. Wenn wir danach keine Grundlastkraftwerke haben, mache ich einfach darauf aufmerksam, dass die Versorgungssicherheit nur noch gewährleistet ist, wenn ein ansehnlicher Teil des Stroms importiert würde.

Was bedeutet das?

Es kann zu einem Engpass kommen. Ich habe noch nichts über ein abgeschlossenes Stromabkommen zwischen der Schweiz und der EU gehört. In der EU gilt der Vertrag von Lissabon. Dort steht erstens drin, dass jedes Land selber für seine Versorgung zuständig ist. Zweitens hält der Vertrag fest, dass sich die EU-Staaten gegenseitig in Notlagen beistehen. Die Schweiz steht ohne Abkommen ausser vor. Wenn es eine Mangellage gibt, dann werden die Länder ihre Exporte beschränken. Natürlich ist das Netz zusammengehängt, aber grosse Länder können Beschränkungen vorsehen, ohne dass ihre Netzstabilität darunter leidet. Die mögliche Importabhängigkeit ist ein wunder Punkt der Energiestrategie.

Wenn Sie bei Bundesrätin Leuthard drei Wünsche frei hätten, was würden Sie sich wünschen?

(Lacht.) Zuverlässige und stabile Rahmenbedingungen und ein stärkeres Verständnis gegenüber den Stromproduzenten, die immerhin während rund hundert Jahren die Schweiz zuverlässig versorgt haben. Wir arbeiten konstruktiv mit, aber wir brauchen sichere Rahmenbedingungen und finanzielle Mittel. Diese wollen wir mit guten Produkten im Markt verdienen. Wenn die Marktverzerrungen aber dazu führen, dass wir kein Geld mehr verdienen, dann können wir den Teil der hundert Milliarden nicht mehr tragen, den wir mittragen müssen.

Berufsleben unter Strom

Oltten. Hans E. Schweickardt (69) ist seit 2006 Verwaltungsratspräsident des Alpiq-Konzerns mit Sitzen in Oltten und Lausanne. Alpiq ist aus dem Zusammenschluss der beiden Unternehmen Atel und EOS entstanden. Der Konzern hat fast 8000 Mitarbeiter und erwirtschaftet mit der Produktion von Energien (vor allem Wasserkraft, aber auch Kernkraftwerke) und Energiedienstleistungen fast zehn Milliarden Franken.

Hans E. Schweickardt liess sich an der ETH Zürich zum Elektroingenieur ausbilden. Von 1970 bis 1989 arbeitete er für die BBC (später ABB). Danach war er für die Atel und von 2002 bis 2009 als CEO für die EOS Holding tätig. Die Fusion zur Alpiq gilt als sein «Kind». In diesem Jahr rutschte der Konzern in die roten Zahlen. Für die ersten neun Monate wurde ein Verlust von 21 Millionen Franken ausgewiesen. fi.